

Soziale Träger schlagen Alarm wegen Wohngeld

Die Stadtverwaltung kann beim Wohngeld den gesetzlichen Auftrag nicht gewährleisten. Das kritisieren mehrere Hilfsorganisationen in einem „Eilbrief“. Und sie haben Vorschläge, um die Situation zumindest zu entschärfen.

Von Uwe Mauch

FREIBURG Die monatelangen Verzögerungen beim Wohngeld rufen mehr als ein Dutzend freie Träger auf den Plan, von Pro Familia bis Diakonieverein. Bereits im November 2022 habe der Runde Tisch Haslach „dringenden Handlungsbedarf“ angemahnt. Die Situation habe sich nicht verbessert, sondern sei „extrem prekär“. Grund: Vom Wohngeldbescheid hängt die Genehmigung weiterer Hilfen ab, sogenannte Annex-Leistungen, vor allem aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für Kinder und Jugendliche, wie etwa Nachhilfe oder Mittagessen in den Schulen.

Von den aktuell 5340 noch nicht ent-

schiedenen Anträgen auf Wohngeld liegen allein 314 schon mehr als zweieinhalb Jahre im Amt. 838 unbearbeitete stammen aus dem Jahr 2022 – also noch vor jener Reform, die die Wohngeldstellen in den Großstädten überrollte. Im vergangenen Jahr explodierte dann die Zahl der Anträge mit der Folge, dass 2999 von ihnen noch ohne Bescheid sind. Aus dem laufenden Jahr sind bislang 1189 offen geblieben. Das geht aus der Antwort von Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach auf eine Anfrage der Ratsfraktion „Eine Stadt für alle“ hervor.

Stefan Purwin vom Nachbarschaftswerk mit Sitz in Weingarten schildert ein Beispiel aus seiner Praxis: Eine siebenköpfige Fami-

lie bekommt Wohngeld, das bis Ende Februar befristet war. Der Mann arbeitet Vollzeit, seine Frau ist mit dem Zweijährigen in Elternzeit. Sie haben am 16. Januar einen Folgeantrag gestellt und rechnen mit 665 Euro Wohngeld – und zusätzlichen Leistungen aus dem BuT-Paket. Der Lohn für Mai ist bereits weg, die Kinder bekommen kein Schulessen, und es stehen Klassenfahrten an. Die Familie hält sich mit Dispokrediten über Wasser und wartet auf die Nachzahlung. So, wie in den Vorjahren, als es ebenfalls zu einer fünf- und zu einer fast neunmonatigen Verzögerung gekommen war und den Kindern die finanzielle Unterstützung verwehrt blieb. Mehr noch: Die Stadt-

kasse schickte eine Zahlungserinnerung wegen ausbleibender Elternbeiträge für die Schulkindbetreuung in Höhe von 810 Euro. Doch ohne Wohngeldbescheid wird auch der Antrag auf Übernahme dieser Elternbeiträge nicht genehmigt.

Dem Brandbrief zufolge gibt es Horte und Kitas, die inzwischen Außenstände von mehreren zehntausend Euro hätten. Es seien sogar Kinder aus Kitas ausgeschlossen worden. Doch den zuständigen Ämtern seien solche Vorkommnisse nicht bekannt, teilt das Pressereferat auf BZ-Anfrage mit.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Un erreichbarkeit der Wohngeldstelle. Über die Telefon-Hotline gebe es lediglich Informationen vom Band, aber keinen Ansprechpartner. Das immerhin will die Verwaltung ändern.

Reserviert bis ablehnend reagiert die Stadt auf weitere Vorschläge der sozialen Einrichtungen: schnelle Plausibilitätsprüfungen mit einer vorläufigen Bewilligung des Wohngelds; Verlängerung des Bewilligungszeitraums von einem auf zwei Jahre; eine Kontaktmöglichkeit für dringende Anliegen und auch für die Beratungsstellen. Die Stadtverwaltung kündigte ein Treffen mit den Initiatoren des Briefs am 6. Juni an.

Wohngeld

Wohngeld ist gedacht für Menschen, die ihre Miete oder auch den Kredit für eine Immobilie nicht bezahlen können. Wer arbeitet, aber nicht genug verdient, kommt ebenso in Frage wie Studierende, die kein BAföG erhalten, erklärt die Verbraucherzentrale. Die Berechnung ist kompliziert: Alle Men-

schen, die in einem Haushalt leben, werden dabei berücksichtigt. Auch das Preisniveau fürs Wohnen spielt eine Rolle. „In teuren Großstädten gibt es darum oft am meisten Wohngeld.“ Zum 1. Januar 2023 erweiterte die Bundesregierung den Kreis der Berechtigten stark.

mac